

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934**

143 (6.12.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-893747](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-893747)

# Nachrichten

## für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Abzugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Rpfg. Nr. XI 34: 554. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth. Druckverteilung: H. Zirk, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Rpfg. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreiskarte 2, Nachschaffstelle A), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Rpfg. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einpruchsrecht. Schließfach 17

Nr. 143

Elsfleth, Donnerstag, den 6. Dezember

1934

### Ein Sieg für den Frieden

Wohl selten ist eine Nachricht mit dem Gefühl allgemeiner Erleichterung so freudig aufgenommen worden wie die, daß man in Rom innerhalb des Dreier-Ausschusses und zwischen den französischen und deutschen Unterhändlern zu einer Saarreinigung gekommen ist. Denn um die Lösung des Saarproblems drehte sich seit Monaten die ganze internationale Politik. Von der gerechten oder gewaltsamen Lösung der Saarfrage hing der Frieden Europas ab oder sollten neue Verwicklungen. Die Saar war der Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich geworden, weil man französischerseits trotz aller gegenteiligen Erfahrungen ein Recht auf das Saargebiet zu konstatieren bemüht war. In die sich gespannte Lage wurde auch nicht erleichtert durch die Saardemokratie Barthous und seine Rede, die er einige Wochen vor seinem Tode in Genf zur Saarfrage hielt. Er erstrebte eine Entschärfung des Saarproblems durch die Frage der Beibehaltung des bisherigen Regimes an der Saar, wie sie als eine der drei Punkte für die Saarbestimmung in Versailles vorgegeben wurde, so auszuweichen, dem Saargebiet ein „eigenständiger Charakter“ mit der Betreuung durch den Völkerbund gegeben werden sollte. Mit einer solchen Neuauflage des Begriffs „Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes“ (Status quo) hoffte man, innerhalb der Bevölkerung des Saargebiets eine Mehrheit zu finden, die um so größer sein würde, wenn man die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung nach etwa zehn Jahren vorsehen würde.

Auf eine solche Status-quo-Lösung war in den letzten Monaten die ganze französische Saarpolitik und die gesteigerte Propagandabätigkeit der im Golde Frankreichs lebenden Separatisten und Emigranten abgestellt. Selbst die Paragierung ließ erkennen, daß ihre Sympathien einer Status-quo-Entscheidung galten. Sie hat im Laufe des letzten Jahres zahlreiche Eingaben und Denkschriften an den Völkerbund geschickt, die ohne Ausnahme eine Verdrängung der deutschen Bevölkerung darstellten und zum Ziele hatten, den Emigranten und Separatisten größeres Einwirkungsrecht auf die künftige Gestaltung des Saargebiets einzuräumen.

Die Verhandlungen des Dreier-Ausschusses unter dem Vorsitz des italienischen Staatssekretärs Aloisi begannen somit am 6. November unter wenig günstigen Anzeichen. Sie endeten zunächst noch unter dem Einfluß der Barthouschen Politik. Es geriet dem italienischen Staatssekretär Aloisi zur Ehre, daß er sich durch kein irgendwie geartetes Mittel davon abbringen ließ, die Arbeiten des Dreier-Ausschusses auf die Nichtlinien abzustellen, die sich aus dem Saarstatut mangelsäufig ergeben. Er lehnte jeden fremden Einfluß ab und sah nur das eine große Ziel vor Augen, mit der Lösung der Saarfrage einen Unruheherd Europas aus der Welt zu schaffen. Noch mehr. Er sah seine Aufgabe erst dann richtig erfüllt an, wenn es ihm gelang, den deutschen und den französischen Standpunkt in der Saarfrage so weit zu nähern, daß ein Abkommen von beiden Völkern als gerecht, tragbar und entspannend angesehen wurde. Man konnte schon aus der Länge der Dauer der Verhandlungen erkennen, daß Aloisi seine Aufgabe sehr ernst nahm. Aus der Berührung deutscher und französischer Sachverständiger nach Rom war ferner zu entnehmen, daß er seine Entscheidung in Uebereinstimmung mit Vertretern beider Völker treffen wollte. Er hat sich nicht daran gehalten, daß ihm vom Völkerbundrat ein bestimmter Termin für die Fertigstellung seines Berichts gestellt war. Er hat mit überzogener Ruhe den Beginn der Saarfrage des Völkerbundesrat von einem Termin auf den anderen verschoben lassen. Sein diplomatisches Geschick, seine Rechtschaffenheit und Unparteilichkeit haben einen übertragenden Erfolg errungen: Die Saarreinigung kam mit Zustimmung der deutschen und der französischen Unterhändler zustande.

Die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß unter dem Einfluß Lavals auch die französische Regierung sich mit einer Saarlösung abfindet, die weder den Elementarwünschen der Anwohner noch den hinterlistigen Status-quo-Bestrebungen entspricht. Laval trägt der durch nichts zu entschuldigenden Laizade Rechnung, daß die Saar deutsch ist und deshalb zu Deutschland zurückkehren muß. Ueber die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen ist eine Einigung erfolgt, die auch für Deutschland tragbar erscheint. Es wird die 150 Millionen zum Rückkauf der Saargebiete, zur Entlohnung des saarländischen Teiles der einjährigen ebschäftigen Reichslandbauern, zur Übernahme der Zollschulden usw. aufbringen, wenn es sein muß, durch die Übergabe des deutschen Volkes. An diesen 150 Millionen vor drei Jahren verlangte man französischerseits 350 Millionen! — dürfte die Einigung in Rom um so weniger zu sein, als Aloisi Hilfer im vorigen Jahr auf dem Nizzaer Kongress eindeutig erklärte: „Wir wollen nicht fremdes Gut und wollen nicht fremdes Volk. Wir wollen nicht Streit und haben. Wir wollen den Frieden, aber über alles lieben wir unser deutsches Volk.“ Der Londoner Daily Herald, der sich in letzter Zeit gerade als deutschfreundlich bekannt hat, legt in einem Leitartikel zum Abschluß der Saarreinigung, daß dieses römische Ergebnis einen Triumph für die deutsche und für die französische Regierung bedeute, denn sie haben gemeinschaftlich einen

Sieg für den Frieden und die Vernunft über Vorurteile und Uebelwollen errungen“. Das ist das Kennzeichen der Saarreinigung, die, losgelöst von der Genfer Atmosphäre des Völkerbundes, sich nur dort entwickeln konnte, wo ehrlicher Wille zu Frieden, Ehre, Recht und Wahrheit vorherrscht. Wie sagte doch Aloisi Hilfer in diesem Sommer auf dem Ehrenbreitstein: „Die Saarfrage ist die einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt. Nach ihrer Lösung besteht kein legitimer vernünftiger Grund, daß zwei große Nationen sich ewig und in alle Zukunft weiter bekämpfen.“

### Geneignung über die Einigung

#### Beginn der Ratstagung

Die Tagung des Völkerbundesrates beginnt am heutigen Mittwochmorgen. Von der Beratung der Saarfragen werden keinerlei Ueberraschungen mehr erwartet, da die in den Grundgeden schon bekannte Regelung als sehr vollständig und umfassend gilt und Einwände dagegen wohl kaum erhoben werden dürften.

Es ist im übrigen kein Geheimnis, daß nach wie vor Bestrebungen im Gange sind, um auch dem ungarisch-slawischen Streit die härtesten Epochen zu nehmen und durch Verschlebung der Hauptfragen meistens Zeit zu gewinnen.

Man ist in internationalen Genfer Kreisen überwiegend der Meinung, daß der persönlichen Aussprache der in Genf anwesenden Minister im Hinblick auf die im Fuß befindliche außenpolitische Entwicklung doch eine erhebliche Bedeutung zukommen kann. Allerdings dürfte die Meinung des „Journal des Nations“, daß Baron Aloisi nach seinem jüngsten Erfolg in der Saarfrage den Versuch machen werde, auch einen deutsch-französischen Ausgleich in die Wege zu leiten und gleichzeitig Deutschland in den Völkerbund zurückzuführen, als eine reine Kombination zu werten sei.

Die Einigung in den Saarverhandlungen wird von der gesamten deutschen Presse mit Genugtuung begrüßt. Durch diese Einigung, so schreibt der „Nationale Beobachter“, sei ein Problem aus der Welt geschafft worden, dessen Bestehen eine Quelle von Schwierigkeiten und Konflikten gebildet hätte. Erneut habe Deutschland seinen Friedenswillen durch eigene selbstlose Leistungen unter Beweis gestellt. Freizustellen sei allerdings auch, daß der französische Verhandlungspartner die Verantwortung der Stunde erkannt habe. Der „Berliner Lokalanzeiger“ erteilt die Bedeutung der Einigung in Rom darin, daß die ganze Welt die Rückkehr der Saar zum Reich bereits als selbstverständlich annehme. Die „Berliner Botsenzeitung“ meint, daß das Ergebnis von Rom sich im Vergleich mit der Denkschrift Barthous vorteilhaft auswirke. Die „Kreuzzeitung“ findet insbesondere die Rücksichtnahme auf die deutsche Devisenlage bemerkenswert.

Die Bevölkerung des Saargebiets erhofft, wie die Auslassungen der saarländischen Zeitungen dartun, von dem Abkommen den Abschluß der Zeit unruhigster Spannung. Die „Saarbrücker Zeitung“ erblickt in der Ueberentfaltung ein günstiges Zeichen für die weitere Entwicklung der deutsch-französischen Aussprache und weist darauf hin, daß das Abkommen die sofortige und bedingungslose Rückgliederung des Saargebiets zur absoluten Voraussetzung hat. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ betont, der Weg des Saargebiets nach Deutschland sei kürzer und freier geworden. Am 13. Januar werde die Saarbekölkerung durch eine glänzende Abstimmung den letzten Schritt zur Heimkehr in das Reich tun.

Von den französischen Zeitungen schreibt das „Deuore“, Genfer Kreise wollten wissen, daß der italienische Vorsitzende des Dreierausschusses, Baron Aloisi, sich angeboten habe, als Vermittler bei einer Verhandlung über eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund tätig zu sein. Das „Journal“ stellt fest, daß diese ganze Genfer Sitzung unter vollkommen anderen Umständen stattfinden werde, als man ursprünglich angenommen hatte. Das klare Ergebnis der Umwälzung, die sich vollzogen habe, sei die Ausschaltung der Meinungsverschiedenheiten über die Saarfrage. Willeidylle man einem Burgfrieden entgegen. Die „Information“ wertet das Abkommen als einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zum europäischen Frieden. Die Einigung sei dem guten Willen der deutschen und der französischen Unterhändler zu verdanken.

Die Ansicht der italienischen Presse faßt die Turiner „Gazzetta del Popolo“ dahin zusammen, alle Fragen hätten eine gerechte Lösung gefunden. Die Bedeutung des Saarabkommens gehe weit über die Tragweite des Saarproblems hinaus, da dieses Problem den deutsch-französischen Zankapfel gebildet habe. In diesem Zusammenhang legt das Blatt auch der Unterredung des französischen Außenministers Laval mit dem Vertrauensmann des Führers und Reichsführers, von Ribbentrop, große Bedeutung bei. Allerdings dürfe man auch nicht glauben, daß nunmehr für die Saar alle Schwierigkeiten bereits überwunden seien.

Die englischen Zeitungen bekunden übereinstimmend größte Befriedigung und geben der Erwartung Ausdruck, daß nun auch die Abstimmung selbst ohne Schwierigkeiten vor sich gehen werde. „Times“ stellt fest, nicht so sehr der Inhalt als vielmehr die Tatsache des Abkommens sei entscheidend für die weitere Entwicklung. Die Deutschen und Franzosen würden nunmehr auch in anderen Fragen an einen Tisch kommen können.

Das Saarabkommen wird auch in der gesamten amerikanischen Presse allgemein außerordentlich begrüßt aufgenommen. Es wird als glänzender Schachzug gegen die dauernden Forderungen, die das Saarproblem aufgegriffen haben. Die „New York Times“ schreiben das Abkommen beseitige eine Bedrohung des europäischen Friedens. Die Verhandlungen seien schnell und freundschaftlich erledigt worden. Die italienisch-französischen Verhandlungen streifend, stellt die Zeitung fest, in Europa gebe es keine Streitpunkte, die nicht durch die Staatsmänner beseitigt werden könnten, die dem Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung auf Verbindung eines Krieges entsprechen. Europa besitze bald einen wolkenlosen Horizont, wenn in diesem Sinne weiter gehandelt werde, der eine voll aufgehende Friedenssonne ankündigt.

### Neuer litauischer Gewaltakt

#### Die deutsche Schule soll ausgerottet werden

Memel, 5. Dezember.

Die Verordnung des inzwischen zurückgetretenen Direktoriums Reissigs über die Neuordnung der Unterrichtssprache in den memelländischen Schulen wurde jetzt veröffentlicht. Daraus ergibt sich ein ungeheuerlicher Rechtsbruch, der alle bisherigen Maßnahmen der Litauer auf kulturellem Gebiet in den Schatten stellt. Von den 228 Volksschulen des Gebiets werden namentlich diejenigen aufgeführt, die in Zukunft die litauische und diejenigen, die die deutsche Unterrichtssprache haben werden. 22 Schulen, also nahezu sämtliche, sollen zukünftig die litauische Unterrichtssprache und ganze sechs die deutsche Sprache anwenden.

In der Verordnung stützt man sich auf die Erhebungen über die deutschsprechenden Schüler deutscher Abstammung und die Nachprüfung dieser Listen durch die zuständigen Schulräte. Wie erinnert, war — soweit Erhebungen angefertigt wurden — das Ergebnis für Litauen katastrophal, da 80—95 v. H. der Schüler erklärt hatten, daß bei ihnen zu Hause deutsch gesprochen wird. Bisher hatten die Litauer noch nicht 10 v. H. förmlicher Schulen — es waren noch nicht 20! — mit litauischer Unterrichtssprache führen können, während weit über 200 Schulen die deutsche Unterrichtssprache hatten.

Da sich auf Grund der letzten Memelbeschwerte die Signatarmächte auch mit der Schutz- und Sprachenfrage beschäftigt und schon vor der Durchführung dieser Verordnung des Direktoriums Reissigs Beschlüssen der Litauer festgestellt hatten, um diesen ungeheuerlichen Eingriff in das Schul- und Familienleben durch den Rücktritt in den Hintergrund treten zu lassen. Die oft geübte litauische Taktik, Maßnahmen früherer Regierungen als Tatsachen zu behandeln, mit denen das neue Direktorium dann weiterarbeitet, soll auch in diesem Falle wieder einmal angewandt werden. Auf der anderen Seite erwartet die memelländische Bevölkerung nunmehr, daß die Signatarmächte durchgreifen und der Willkür der kleinen litauischen Minderheit, die mit absolutem Terror im Memelgebiet regiert, Einhalt gebieten werden.

Der Memeler Bevölkerung bleibt — wie in memelländischen Kreisen verlautet — im Augenblick keine andere Möglichkeit der Abwehr als die, in den Schulkreis zu treten, bis die Signatarmächte für Ordnung und Wiederherstellung des früheren Zustandes sorgen.

Bei der einzigen rechtmäßigen Erhebung, die die Franzosen im Jahre 1921 auf Drängen der Litauer veranstalteten, hatten sich lediglich 12 v. H. der Bevölkerung für litauischen Schreib- und Lesunterricht ausgesprochen. Die letzten Wahlen zum memelländischen Landtag haben eindeutig eine gewaltige Mehrheit der deutschstimmigen Parteien ergeben; hatten sich doch über 53 000 Stimmen für sie und nur 11 000 für Litauen erklärt, so daß die Litauer nur 5 von 29 Mandaten im Memeler Landtag erhielten. Die Erzeugung der memelländischen Elternschaft über dieses unerhörte Vorgehen der Litauer ist ungeheuer. Diese einzig dastehende Maßnahme dürfte in der ganzen Welt größtes Aufsehen erregen.

### Hausdurchsuchungen der litauischen Geheimpolizei

Die litauische Geheimpolizei (Staatsicherheitspolizei) hat in Rowno bei etwa acht Deutschen, die dem Vorstand des Deutschen Kulturverbandes angehören bzw. ihm nahesteht, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Hausdurchsuchungen dauerten bei den einzelnen Personen bis zu fünf Stunden. Durchsucht wurden u. a. die Privatwohnungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturverbandes sowie der beiden Geschäftsführer; die Geschäftsräume des Verbandes wurden mit der Durchsuchung verschont.

# „Wir sollten Freunde sein“

Koethmere über das deutsch-englische Verhältnis.  
Das Londoner Blatt „Daily Mail“ veröffentlicht in großer Aufmachung einen an den Chefredakteur des Blattes gerichteten Brief Lord Koethmores. „Wenn andere leitende Persönlichkeiten vorstünde wären“, so heißt es in dem Schreiben u. a., „so würden sie Deutschland die Freundschaftshand hinreichen. Ich gehöre zu den Leuten, die glauben, daß Deutschland und Großbritanniens Freunde sein sollten. Es gibt zwischen beiden Ländern keine Gegenläufe.“

Die meisten Nachrichten, die in England über Deutschland veröffentlicht werden, sind Schwindele. Hitler ist der glänzende Führer eines großen Volkes. Das Hitler-Regime steht nicht vor dem Zusammenbruch, und Deutschlands Wirtschaftslage ist nicht so tragisch. Wenn es nach mir ginge, so würde ich die Kriegsforderung des Verfallener Vertrages preisgeben, Deutschland alle unter britischem Mandat stehenden afrikanischen Kolonien zurückgeben und der deutschen Regierung mitteilen, daß Großbritannien kein Interesse an der deutschen Politik in Osteuropa habe.

## Ausgeschlossen und abgelehnt

Der Gauleiter von Schlesien, Brüdnert, gemäßigter.  
Der Führer hat den Gauleiter von Schlesien, Helmut Brüdnert, wegen parteischädigenden Verhaltens seiner Stellung als Gauleiter entlassen und aus der Partei ausgeschlossen.

Der preussische Ministerpräsident General Göring hat den Oberpräsidenten von Schlesien und preussischen Staatsrat Brüdnert seiner sämtlichen Ämter und Funktionen entlassen, nachdem der Gauleiter Brüdnert seitens des Führers wegen parteischädigenden Verhaltens seiner sämtlichen Parteiamter verlustig erklärt und aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

## Die Brotpreisregelung in Bayern

Weizenkleingebäck wird billiger.

Der bayerische Wirtschaftsminister hat in seiner Eigenschaft als Preisminister eine abschließende Regelung über die Herabsetzung des Brotpreises getroffen, die sofortige Wirkung hat, und in der bestimmt wird, daß es bei den am 10. November mitgeteilten Preisermäßigungen bleibt. Darüber hinaus wird mit sofortiger Wirkung der Preis für alle bisher 4 Pf. kostenden Weizenkleingebäcke auf 3 Pf. herabgesetzt.

Zur Vermeidung einer Schleuder Konkurrenz im Bäckergewerbe wurde der Absatz an Wiederverkäufer allgemein verbindlich festgelegt, und zwar auf 12 v. H. für Roggenbrot und 15 v. H. für Weizenbrot. Auch Getreide- und Schantwirtschäften darf kein höherer Preisnachschlag gewährt werden. Erhöhte Rabattsätze sind nur zulässig für die Inhaber von Brotpreislagerräumen, die überwiegend Brot verkaufen, sowie für reine Wohlfühlgeschäfte, die Speisen unentgeltlich an Anstehende abgeben. Böswillig Zuwiderhandeln haben Geschäftsbesitzer zu gemäßen. Als Ausgleich gegenüber dem Lebensmittelhandel vermindert das Bäckerergewerbe vom 1. Januar 1935 an in seinen Betrieben auf den Handel mit Butter, Schmalz und Eiern.

## Unter keinen Umständen höhere Fleischpreise!

Der Reichskommissar für Fleischüberwachung hat durch Rundschreiben den deutschen Fleischhändler und dem Viehhändler Richtlinien für die Preisbildung bzw. den Kleinverkauf auf dem wichtigen Gebiete der Fleischversorgung gegeben. Danach dürfen die heutigen Preise unter keinen Umständen erhöht werden. Die Preisüberwachungsstellen der allgemeinen Landesverwaltung sind hierfür verantwortlich. Weiter wird die Preisnotierung für Lebensvieh so geregelt, daß sie den Kleinverkaufspreisen entspricht. Die Fleischhändler, so lagt der Reichskommissar, haben es in der Hand, Ueberpreise für Lebensvieh nicht zu bewilligen. Die Spitzenorganisation des deutschen Fleischergewerbes, der Deutsche Fleischhändler-Verband, unterstreicht die Anweisungen Dr. Goedereters.

Der frühere Leiter der Danziger Senatspreßstelle, Georg Streiter, der vor einigen Tagen vom Gauleiter von Danzig aus der SEDAP ausgeschlossen wurde, ist von der Kriminalpolizei verhaftet worden und befindet sich in Untersuchungshaft.

# Tag der Nationalen Solidarität

Reichsminister sammeln in Berlin.

Am kommenden Sonnabend, dem Tag der Nationalen Solidarität, wird sich ein Heer von Sammlern in den Dienst des großen Winterhilfswerks stellen. Um der wahren Volksverbundenheit sichtbar Ausdruck zu verleihen, werden vom Regierungsrat aufwärts bis zum Reichsminister sich die höheren Beamten aller Behörden im ganzen Reich als Sammler betätigen. An der Spitze des Hilfswerks werden in Berlin der preussische Ministerpräsident Hermann Göring und Reichsminister Dr. Goebbels in den Straßen sammeln. In der Reichshauptstadt werden neben den höheren Beamten sich auch führende Vertreter der beruflichen und kulturellen Spitzenorganisationen aktiv in den Dienst des großen Hilfswerks stellen.

Es stellen u. a.: Das Reichspropagandaministerium einschließlich Reichsdruckerei und Filmprüfstelle 99 Sammler, das Reichsministerium des Innern 110 Sammler, das Reichsinnenministerium 100, das Reichsfinanzministerium 133, das Reichswirtschaftsministerium 180, das Reichsarbeitsministerium 73, das Reichsjustizministerium 112, das Reichspostministerium 88, das Reichsverkehrsministerium 40, das Reichsernährungsministerium 108, das Reichsluftfahrtministerium 150 Sammler.

Weiter stellen die Reichsschuldenerverwaltung 18 Sammler, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft 150, das Statistische Reichsamtsamt 100, das Reichs-Patentamt 400, ferner die Reichs-

## Noch 2 Millionen Erwerbslose!

65 Millionen stehen für sie ein!

Rundfunk-Kammer 7, die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 41, der Reichsverband Berlin 14, der Deutschlandklub 13, die Hochschule für Politik 17, die Reichsfilmmutter 45, die Reichs-Schrifttumskammer 31, die Reichs-Preßekammer 12, der Reichsverband der Deutschen Presse 120, der Werberat der deutschen Wirtschaft 29, die Reichs-Musikkammer 23, die Reichs-Theaterkammer 85, die Reichskammer der bildenden Künste 18, der Magistrat Berlin 80, das Polizeipräsidium 200, der Stadtrat der SM, der Stadtrat der SS, der Stadtrat der Hitler-Jugend 19, der Stadtrat der Technischen Hochschule 15 Sammler. Von den Ministern der Berliner Theater beteiligen sich an der Sammeltätigkeit vom Deutschen Theater 16, vom Theater am Horst-Wessel-Platz 39, vom Theater des Volkes 34 und vom Deutschen Opernhaus 39. Insgesamt werden in Berlin etwa 3000 Sammler tätig sein.

Auch in den anderen deutschen Städten werden sich die höheren Beamten und führenden Persönlichkeiten regge als Sammler betätigen. So werden am Tag der nationalen Solidarität überall im Reich auch die Richter und Staatsanwälte, der Amtsrichter auf dem Dorf ebenso wie der Oberlandesgerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt in der Stadt, mit der Sammeltätigkeit auf der Straße stehen, um zu zeigen, daß die Arbeit für das Winterhilfswerk die Sorge für die hungernden und frierenden Volksgenossen, ehrenvolle Pflicht jedes Deutschen ist.

Das Reichspropagandaministerium gibt bekannt: Auf verschiedene Anfragen aus beteiligten Kreisen wird mitgeteilt: Es ist aus erzieherischen Gründen nicht angängig, daß sich Sammler am „Tag der Nationalen Solidarität“ nur für kurze Zeit zur Verfügung stellen, da sonst die Gefahr besteht, daß diese große lokale Hilfsaktion zu persönlichen Reklamezwecken mißbraucht wird. Die Sammeltätigkeit läuft von 16 bis 19.30 Uhr auf der Straße und von 22 bis 23 Uhr in den Theatern, Kinos und Gaststätten. Wer sich als Sammler für diese Bezeichnung nicht frei machen kann oder will, muß von der Sammeltätigkeit überhaupt ausgeschlossen bleiben.

## Massenverhaftungen in Sowjetrußland

Die Polizeibehörden haben verlag.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das Volkskommissariat des Innern (OGPU) den Leiter der Polizeiverwaltung in Leningrad, Medwed, seinen Stellvertreter Fomin und weitere sechs Mitglieder der OGPU, ihrer Ämter entlassen und in Haft genommen. Gegen sie soll ein Verfahren wegen Zersplitterlichkeit beim Schutze der Sowjetbehörden eingeleitet werden.

Die Verhafteten werden amtlich als „Weißgardisten“ bezeichnet, die „in letzter Zeit“ als „der Vorbereitung“ zur

Organisierung terroristischer Akte gegen die Amtsträger des Sowjetregimes“ beschuldigt festgenommen worden seien. Der Mörder Kirovs, Nikolajew, wurde bisher in den Veröffentlichungen über den Leningrader Anschlag mit „Weißgardisten“ nicht in Verbindung gebracht. Er war, wie gemeldet, Angehöriger einer mit wichtigen Vertrauensfunktionen ausgestatteten Sowjetbehörde, der sogenannten Arbeiter- und Bauerninspektion.

Bei den Verhafteten handelt es sich um alte Mitglieder der Kommunistischen Partei, die zudem etwa 17 Jahre lang im Dienste der sowjetrussischen Geheimpolizei standen. Weder war wegen ihrer Verdienste zweimal mit dem Orden der Roten Fahne ausgezeichnet worden. Wegen der Unterdrückung eines Aufstandes in Mittelasien hatte er ferner eine Ehrenmedaille erhalten. Fomin gehörte der Kommunistischen Partei ebenfalls seit 1917 an und war der bedeutendsten Abteilung der OGPU, zum Kampf gegen Kollaboration in Sibirien abgeteilt. Die verhafteten OGPU-Beamten werden von einem Sondergericht der OGPU abgeurteilt. Bei den übrigen 73 Festgenommenen handelt es sich durchweg um Sowjetbeamte.

Das Innenministerium gibt folgende Einzelheiten des Todes Kirovs bekannt: Am 1. Dezember befand sich Kirov in Smolny, wo er sich in einem Arbeitszimmer zu einer Rede in einer Leningrader Parteiverammlung vorbereitete. Neben seinem Arbeitszimmer hielt sich Nikolajew auf, der, als Kirov das Zimmer verließ, von hinten einen Revolverschlag in den Rücken Kirovs gab. Der Täter wurde sofort festgenommen. Der schwerverwundete Kirov fiel bewußtlos zu Boden und wurde in sein Zimmer getragen. Die herbeigerufenen Ärzte fanden Kirov ohne Puls und ohne Atmung; sämtliche Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Die Ärzte stellten darauf den Tod Kirovs fest. Ueber die Verhaftung des Mörders wird bekannt, er sei von den Wachen der Leningrader Sowjets verprügelt, daß auch er mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Hospital eingeliefert werden mußte. Die Versteigerung seiner große Mühe, ihn am Leben zu erhalten. Auch die Frau Nikolajews wurde inzwischen verhaftet, da man annimmt, daß sie Mitwisserin der Missetaten ihres Mannes gewesen ist. In Leningrad verläutet gerichtlich, daß das Motiv zur Tat Nikolajews Rache gewesen sei.

## Verlängerung des Danzig-polnischen Hafenprotokolls

Vertreter der Danziger und der polnischen Regierung haben ein Protokoll unterzeichnet, mit dem das in Ausführung des Lebereintommens vom 5. August 1933 über die Ausübung des Danziger Hafens vereinbarte Protokoll vom 18. September 1933 um ein Jahr bis zum 30. September 1935 verlängert wird. Hiernach werden die zwischen den beiden Parteien für das Vorjahr, das heißt für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis zum 30. September 1934 vereinbarten Grundlagen der Ausübung des Danziger Hafens auch für das laufende Jahr vom 1. Oktober 1934 bis zum 30. September 1935 aufrechterhalten.

## Polen und die Frage der Sühne für Marcellie

Der halbamtliche „Gyphs Borany“ befaßt sich in einem Artikel ausschließlich mit den Folgen des Marcellier Anschlags. Das Blatt bringt das letzte Mitteilungsblatt Polens mit dem Schmerz des südländischen Volkes zum Ausdruck und vertritt, daß die polnische Regierung alle Bemühungen unterlassen werde, die darauf hinauslaufen, ähnliche Verbrechen in Zukunft zu verhindern. Es wendet sich jedoch dann scharf gegen das Vorgehen gewisser Regierungen, die aus politischen Beweggründen, die mit der Natur von Marcellie in keinerlei Zusammenhang ständen, einen „anstandsbedingten Angriff“ gegen das ungarische Volk gerichtet hätten. Polen sehe keine Möglichkeit, sich einem Vorgehen anzuschließen, dem der Charakter einer vereinbarten Aktion auf dem politischen Boden des Völkerbundes zufäme und das sich gegen eines der Mitglieder des Völkerbundes richten würde.

## „Gegen die Vergewaltigung Südwesafrikas.“

Der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft hat folgende Entschlüsse gefaßt: In Südwesafrika hat der neue gewählte Landesrat sich mit einer nur aus Südafrikanern bestehenden Mehrheit für die Angliederung des Mandatsgebietes als fünfte Provinz an die Südafrikanische Union ausgesprochen. Eine solche Angliederung als fünfte Provinz würde eine glatte Verletzung des Mandats bedeuten. Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gegen die vom Landesrat geforderte Vergewaltigung scharfen Protest und bietet die Reichsregierung, jedweden Vorstoß gegen das Mandatsystem mit allen Mitteln entgegenzutreten.



Urheberrechtsschutz: Fünf Türme-Verlag, Halle (Saale)

Fred von Lindner fuhr fort: „Erst hattest du Angst vor Alkeden, was kommen wird, wenn man mich faßt und entdeckt, daß ich beim Brande gar nicht untauglich, aber dafür ein anderer. Nun scheint dir das ganz Nebensache. Laß jetzt derartige dumme Reden, mit denen du vorhin alles verdorben hast und uns aufhietest. Ich konnte dir leider auf der Straße das Geld nicht mit Gewalt abnehmen; aber hier kann ich es, wenn du es mir nicht freiwillig gibst. Deshalb her damit, holbeie aller Witwen, her mit dem Mammon! Von Betty brauchst du nichts zu fürchten. Durch die kommt nichts heraus. Sie ist vorsichtig mit dem Schmutz und rückt nicht wahrheitsförmlich auch nach Ueberseer. Gib mir also jetzt das Geld, damit der geschäftliche Teil zwischen uns erledigt ist.“

Margot hatte längst eingesehen, sie konnte sich ja nicht an die Polizei wenden, jetzt noch weniger als gleich im Anfang. Ihr graute, wenn sie an das dachte, was sie herausbeschwor, falls sie ihren jähen Entschluß von vornhin ausführte.

Sie langte in ihr Handtäschchen und reichte ihm ein Bündchen. Er wickelte die Verschönerung ab und begann die Banknoten sorgfältig zu zählen. Ganz kühl und geschäftsmäßig.

Margot sah sich derweil im Raume um, und ihr kam erst jetzt richtig zum Bewußtsein, daß sie sich in einem Hotelzimmer schlechterer Sorte befand, allein mit einem Menschen, der ihr Unglück war.

Sie erhob sich rasch.

„Ich hoffe, wir sehen uns nie mehr wieder. Ich muß fort. Schon so lange war ich in dieser Spelunke.“

Er lächelte spöttisch.

„In dieser Spelunke wohnt man sehr ungeniert und billig. Ich hatte nicht mehr Geld genug, um ein elegantes Hotel aufzusuchen. Ich hatte auch Angst, du könntest vielleicht nicht kommen, könntest verhindert sein, das Versprechen zu halten, das du mir im Haag gegeben. Aber meinerwegen suche dir nun deinen fliegenden Liebhaber und schwinde ihm die Hude voll, wer ich bin. Ihr werdet schon einig werden. Mit einem Liebhaber wird man leichter einig als mit dem Angeirateten. Aber sei ein bißchen vorsichtig! Wenn die lieben Witmenjeden nämlich erst dahinterkommen, daß du einen Liebhaber hast, verliert dich deinen guten Ruf.“

„Sie fuhr ihn an:“

„Ich verbitte mir solche Reden. Was nun kommen wird, nachdem er uns zusammen gesehen, weiß ich nicht; aber Hans Hammer Schlag und ich wollten uns über Jahr und Tag heiraten. Jetzt werde ich ihn wohl verlieren, ich müßte ihn ja wieder belügen, und ich kann es nicht mehr; er verdient nicht, demerwegen von mir betrogen zu werden.“

Fred von Lindner, der hier in Paris feinerlich äußerliche Veränderungen mit sich vorgenommen, verzog das schöne, ebenmäßige Gesicht zu einer Clownstrage.

„Du verstehst dich aufs Wigemachen, meine Liebe! Denn ernst kann ich doch kaum nehmen, wenn du sagst: Hans Hammer Schlag und du wolltet über Jahr und Tag heiraten! Du bist und bleibst meine Frau, solange ich lebe.“

„Da du für tot und begraben giltst, bin ich frei von dir und kann heiraten, wen ich will.“

Er zuckte die Achseln, höhnte:

„Wenn du so denkst, hast du eine sehr oberflächliche Ansicht über die Ehe. Nach meiner Ansicht kannst du, wenn du die moralisch denkende Frau bist, die du Zimmerleise mit gegenüber immer gespielt hast, nicht mehr heiraten. Du weißt ja, ich lebe, und da bleibst du, auch wenn ich

weiter für tot gelte, vom moralischen Standpunkt aus natürlich meine Frau. Vom moralischen Standpunkt aus wäre es Bigamie, wenn du eine zweite Ehe eingehen würdest.“

Margots Blick war ohne Klang. Sie sagte langsam, als müßte sie über jedes Wort, ehe sie es aussprach, nachsinnen:

„Das kann nicht stimmen, so darf ich das nicht aufpassen, denn dann wäre ich ja mein Leben lang an dich gefesselt, dann würde ich ja wie ein Schwerverbrecher eine Kette am Bein mit einer Eisenkugel tragen.“

Ihre Stimme, die bisher nur halb laut gewesen, wurde klarer:

„Ich liebe Hans Hammer Schlag und wäre gern seine Frau geworden; jetzt aber sehe ich alles anders als bisher, jetzt sehe ich alles häßlich und gemein.“

Er lachte: „Na also, dann sind wir ja einig! Wozu denn heiraten? Ich werde es auch niemals wieder tun. Und nun gib mir einen Abschiedskuß, blonde Margot!“

Er hatte das Geld auf den Tisch gelegt und wollte sie umfassen.

Sie suchte: „Nähst du mich an, dann schreie ich um Hilfe!“

Beide horchten auf. Von draußen drang immer lauter werdendes Stimmengewirr in das Zimmer.

Der Mann drehte sich um und ging an das Fenster, blickte hinter den Vorhang verborgen, hinaus, begann zu reden:

„Was ist denn das? Unten dorn Hans wimmelt es ja von Menschen? Man wird doch nicht etwa meinetwegen den Lärm machen? Er schüttelte den Kopf. „Unsin, mit mir hat das gar nichts zu tun!“ Er riß jetzt das Fenster auf, rief dabei Margot über die Schulter zu: „Ach höre, Feuer! Schreien!“

Im Augenblick, wo das Fenster geöffnet wurde, drang Brandgeruch in die Stube.

Margot sagte hastig: „Ich muß fort!“

(Fortsetzung folgt.)

# Der Heldenkampf bei den Falkland-Inseln

Der Untergang des Geschwaders Graf Spee am 8. 12. 1914. Um das Geschwader Spee, seine tapferen Führer, seine Offiziere und Mannschaften heute, nach 20 Jahren, zu ehren ist nichts besser geeignet, als ein Wort des Gegners voranzustellen. Unmittelbar nach der Schlacht sagte Admiral Sturdee in einem Gelehrsatz: „Ihre (der Deutl.) Leistungen waren derart, daß keine Marine der Welt sie nachmachen kann!“

Als am Mittag des 8. Dezember 1914 vom britischen Flaggschiff „Invincible“ das Feuer eröffnet wurde, begann ein ungleicher Kampf. Dem deutschen ostafrikanischen Kreuzergeschwader mit insgesamt 33 000 Tonnen (Panzerkreuzer „Scharnhorst“ und „Gneisenau“, die Kleinen Kreuzer „Dresden“, „Leipzig“ und „Münsterberg“) stand das britische Sturzee-Geschwader mit 76 000 Tonnen gegenüber. Die modernen Schlachtkreuzer „Invincible“ und „Inflexible“, das Linien-schiff „Carnarvon“, die Panzerkreuzer „Cornwall“ und „Kent“ und der kleine Kreuzer „Glasgow“. Als schwere Artillerie trugen die deutschen Schiffe 16 21-Zentimeter-Geschütze, die britischen 16 30,5-Zentimeter-Kanonen; die deutschen schossen höchstens 18 Km. weit, die gegnerischen mehr als 16. In Mittellinie verfeuerte Graf Spee über 12 15-Zentimeter-Kanonen, der feindliche Admiral über 36. Die Überlegenheit des Admirals Sturdee über Graf Spee betrug das Vierfache!

Es ist eine besondere Tragik um das Ende des Geschwaders Spee. Nach einer Fahrt von fast 20 000 Seemeilen, nach dem grandiosen Sieg bei Coronel stand es am Morgen des 8. Dezember auf der Höhe der Falkland-Inseln. Graf Spee wußte nicht, daß auf der Station das eigene zu seiner Berichtigung zusammengeordnete britische Geschwader lag, und Sturdee erfuhr erst beim Erscheinen Spees, wo sich der geschätzte Gegner befand. So wurde die Schlacht entfesselt durch einen Zufall, nicht, wie die Sage erzählt, weil die Engländer den Geheimcode des deutschen Geschwaders kennen und so die Funkprüche entziffern konnten. Ebenowenig ist Graf Spee durch den von Engländern gefälschte Funkprüche des deutschen Admiralsstabes nach den Falklands gedrückt worden.

Um 12.55 Uhr fielen die ersten Schüsse aus den britischen Rohren. Wegen der großen Entfernung konnten die deutschen Geschütze nicht erwidern, um so weniger als Sturdee westwärts war, seine Schiffe auf der großen Entfernung zu halten. Der Engländer schoß schlecht, erst nach 30 Minuten traf der erste Treffer auf der „Gneisenau“. Während dieser Zeit hatte Spee seine Schiffe näher an den Feind herange-führt. Als er auf der günstigen Entfernung von 11 Kilometer stand und die deutschen Salven die feindlichen Schiffe umdeckten, drehte Sturdee ab. So trat eine Gefechtspause ein. Nach einer Stunde schlugen aus großer Entfernung wieder die britischen Granaten auf die deutschen Schiffe. Sturdee hielt die große Entfernung, und so vermochte die deutsche überlegene Schießtechnik nicht zur Geltung zu kommen. Dagegen bedeutete jeder Treffer aus den feindlichen Rohren eine Verminderung der deutschen Kampffähigkeit.

Nach zwei Stunden wußte Graf Spee, wie der Kampf enden mußte. Gegen 4 Uhr entließ er die „Gneisenau“ durch Winkspruch. Dann drehte er in dem Eilenhagel das Schiff gegen die feindliche Linie. Gegen 4.17 Uhr ging das Flaggschiff mit wühender Flagge und laufenden Maschinen in die Tiefe. Der Admiral stand auf der Brücke.

Die Schiffbrüchigen von der „Scharnhorst“ ihrem Schicksal überlassend, führten sich jetzt die zwei feindlichen Schiffe auf die schwer zusammengegeschossene „Gneisenau“, die nun unter dem Feuer der drei feindlichen Großkampfschiffe lag. Während alle „Scharnhorst“-Leute den Tod in den Wellen fanden, kämpfte die „Gneisenau“, ein Wrack, auf dem todes-mutige Männer unter wühender Flagge die letzten Geschütze bedienten, noch eine Stunde gegen die fast zehnfache Über-macht. Um 5.45 Uhr ging das Schiff unter, wühende Flagge über sich bis zum letzten Augenblick. Die Besatzung brachte drei Hurras auf den Obersten Kriegsherrn aus. Jetzt erst vernahm sich der Feind um die Überlebenden; 187 Mann der „Gneisenau“-Besatzung wurden aus dem Wasser gezogen.

Heroisch wie das Sterben der Panzerkreuzer war das Ende der Kleinen Kreuzer. Nur die „Dresden“ konnte entkommen. Vier Stunden kämpfte die „Leipzig“ gegen die-zehnfache Übermacht. Als der letzte Schuß aus dem Rohr gelang war, das Achterschiff brannte und das Schiff zu sinken drohte, fanden auf dem Wrack fünf tapferen Sterben und Verwundeten der Kommandant und wenige Besatzung. Da näherte sich der britische Kreuzer „Glasgow“ und über-schüttete die Überlebenden mit einem Geschöthagel, weil die Flagge nach weite 1. Nr. 17 Mann der „Leipzig“ wurden später gerettet. Das gleiche Ende erlitt die „Münsterberg“. Auch hier legte der Feind auf das treibende Wrack einen Eilenhagel, um die Flagge herunterzuholen. Als sie herab-schossen wurde, besaßigen ein Offizier und einige Mann die Flagge an einer Stange, um sie hochzuhalten. So ver-ant der Kreuzer in den Wellen! Es ist ehrend für die deut-schen Soldaten und beschämend für den damaligen Feind, daß Admiral Sturdee in seinem amtlichen Gefechtsbericht lazen wußte: „Ich wünschte, meine Leute wüßten ebenso helden-mutig zu sterben, wenn es einmal zum letzten Augenblick kommt.“

Aber so, wie die Besatzung der „Münsterberg“ zu sterben mußte — nur sieben Mann wurden gerettet — so groß, so tapferbereit und todesmutig gingen die Soldaten des ganzen Geschwaders in den Tod. Nicht, daß sie sterben mußten, macht ihr Opfer so groß, sondern wie sie starben. Sie blie-ben, obgleich sie die Schlacht verloren haben, groß und un-schlagbar. Deshalb ist das Ende des Geschwaders Spee ein Symbol geworden.

Wenn wir am 20. Jahrestag der Schlacht bei den Falkland-Inseln mit Trauer der tapferen Offiziere und Matrosen bedenken, so durchweht uns doch ein stolzes Gefühl. Denn wir wissen, daß das Opfer nicht vergeblich war, daß jener Geist heute wieder lebt. Opfermut und Mannestreue — nichts hat für diese edlen Eigenschaften mehr als Vorbild ge-gen als das heldische Sterben bei den Falkland-Inseln!

## Hungerstreik im Krankenhaus

Wartchau, 5. Dezember. In einem hiesigen Kranken-haus, das von der Universität verwaltet wird, ist es einem Hungerstreik der 800 Patienten gekommen. Die Ursache gab ein Wechsel in der Verpflegung. Die versuchs-weise eingeführte neue Kost ist nach Ansicht der medizini-schen Wissenschaft für die Kranken viel bekümmlicher als bisherige. Die Kranken erblickten jedoch in der Schmä-derung der Fleischrationen eine Verschlechterung. Die Ver-waltung des Krankenhauses hat den Forderungen der Kran-ken nachgegeben.

## 60 Millionen Francs veruntrent

Paris, 5. Dezember. Die gerichtliche Untersuchung gegen Charles und Joseph Deun, die Leiter einer Finanzge-sellschaft, hat bisher ergeben, daß die beiden Angeklagten seit 1929 für ihre persönlichen Bedürfnisse nicht weniger als 60 Millionen Francs veruntrent und vergeteilt haben.

## Zumultszene wegen des Hochzeitsfilms

Dublin, 5. Dezember. Der Londoner Filmstreifen von der Hochzeit des Herzogs von Kent ist auf behördliche Weisung vom Spielplan der Dubliner Kinos abgesetzt worden, da es bei der Vorführung des Films in den Dischspieltheatern zu Tumultszenen gekommen ist. Kommunisten und extremistis-che Republikaner haben Pfeifkonzerte veranstaltet und Rufe wie „Nieder mit dem Imperialismus! Denk an Sir Roger Casement!“ ausgestoßen. In einem bekannten Dubliner Kino wurde sogar von Manifestanten die Leinwand zer-schnitten. Es kam zu derartigen Tumultszenen, daß die Po-lizei Verstärkungen herbeiziehen mußte, um die Ordnung wiederherzustellen.

## Heuschrecktenplage in Südafrika

Selbst der Eisenbahnverkehr stockt.

London, 5. Dezember. Wie aus Kapstadt berichtet wird, hat die Heuschreckten-plage in Südafrika dieses Jahr ungewöhnliche Ausmaße angenommen. Gegenwärtig haben die mittleren Bezirke der Kap-Provinz ganz besonders schwer zu leiden. Eisenbahn-züge, die vom Norden her in Kapstadt eintreffen, haben ge-wöhnlich bis zu zwei Stunden Verpätung.

Die Heuschrecken sammeln sich auf dem Bahndamm und bedecken die Schienen in einer Höhe bis zu 15 Zentimetern. Kommt ein Zug, so werden die Insekten jermalm und ma-chen die Schienen so schlüpfrig, daß die Züge faum von der Stelle kommen.

Der von der Regierung organisierte Feldzug, bei dem Gift angewandt wird, hat den Nordwesten der Provinz fast völlig von der Plage befreit, aber in den mittleren Bezirken sind bisher kaum Fortschritte gemacht worden. Die Methode der Vergiftung der Heuschrecken mit einer Ar-senlösung ist eine zweischneidige Waffe; denn wenn das-selbe Gebiet immer wieder damit besprengt wird, um neue Heuschreckenschwärme zu vernichten, legt sich das Gift im Grase fest, und wühendes Vieh und Vögel, die die Haupt-verbundenen der Farmer im Kampfe gegen die Heuschrecken sind, finden den Tod.

## Nacht Jahre Gefängnis für Dr. Brüning

Im Brüning-Prozess in Köln wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Dr. Brüning wurde wegen gewinnstiftiger Untreue in Lateinisch mit zwei Betrugsfällen und in Late-inisch mit drei weiteren Betrugsfällen zu acht Jahren Ge-fängnis und Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. Die Unterjuchungssatz des Angeklag-ten wird angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

In der sehr ausführlichen Begründung des Urteils im Brüning-Prozess erklärte der Vorsitzende, Brüning sei ein Mann gewesen, der einen absoluten Mangel an jedem An-standsgefühl und an jedem Empfinden für Treu und Glauben besaß, aber alles nur seinem Streben nach Macht geopfert habe. Der Angeklagte sei ein Mensch rüchlosigster Ver-bienstsucht gewesen, ein Hochstapler von großem Format, ein Schädling des Volksganzen, kein nütliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Wer hätte geglaubt, gegen einen Brüning damals vorzugehen, dessen Namen nur mit Ehr-furcht genannt worden sei. Er sei Generalkonjul geworden, Ehrendoktor der Kölner Universität, Träger hoher kirchlicher Auszeichnungen, und alles sei entzückt von seiner lebenswü-digen Unverfälschtheit gewesen. Ständig müsse man sich im-mer wieder fragen, wie das nur möglich gewesen sei. Man habe die Tünde für die Wahrheit genommen, und man könne nur mit dem Wunsch schließen, daß diese Zeit jetzt vor-über sei.

## Wesentliche Erweiterungen der Bestimmungen über die Landhilfe

Im unten verfaßten Einlaß von Landbesitzern besonders in den Wintermonaten zu ermöglichen, hat der Präsident der Reichsanstalt in die bisher geltenden Vorschriften für die Einstellung und Beschäftigung von Landbesitzern erheb-liche Erweiterungen eingeführt. Wegen der großen Be-deutung, die die Landhilfe für die Bekämpfung der Land-flucht und die allmähliche Umschichtung eines Teils des deutschen Volkes von der Stadt zurück auf das Land hat, sei nachstehend ein Ueberblick über die jetzt geltenden Bestimmungen gegeben:

Mit Wirkung vom 1. 10. 1934 wird die Größe der aus-gelassenen Betriebe von 50 Hektar auf 80 Hektar land-wirtschaftlich genutzter Fläche erweitert. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Betriebe häuerlichen Charakter tragen und daß der Landbesitzer in die Familiengemeinschaft auf-genommen wird. Auch der Kreis der zur Landhilfe zu-gelassenen Jugendlichen ist erweitert worden. Es können jetzt neben Arbeitslosen bis zu 25 Jahren insbesondere alle die Jugendlichen, die auf Grund der Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 28. 8. 1934 ihren Arbeitsplatz einem Familienvater freimachen, in die Land-hilfe eingewiesen werden; ausgeschloffen bleiben jedoch Nichtarier, Ausländer und solche Arbeitskräfte, die beruf-s-mäßig der Landwirtschaft bereits angehören.

Von besonderer Bedeutung sind die ab 1. 10. 1934 geltenden Erweiterungen für die Prüfung der zuzulassenen Beschäftigung der Landbesitzer. Danach braucht ein Land-besitzer, der im Vergleichsmonat des Vorjahres beschäftigt war, nicht mitgezählt zu werden. Wenn also z. B. ein Bauer im Vorjahre 2 fremde Arbeitskräfte und einen Landbesitzer beschäftigte, so konnte er bisher nur dann einen Zuschuß bekommen, wenn ein zweiter Landbesitzer eingestellt wurde. In Zukunft kann er in einem solchen Falle auch dann den Zuschuß erhalten, wenn außer den bisher be-schäftigten fremden Arbeitskräften nur 1 Landbesitzer ein-gestellt wird. Auf diese Weise können also diejenigen Bauern, die im Vorjahre einen Landbesitzer beschäftigten, der inzwischen ausgeschieden ist, ab 1. 10. 1934 für einen neuen Landbesitzer erneut die Beihilfe erhalten. Die Bei-hilfe wird nach wie vor für 12 Monate gezahlt. In

Zukunft braucht aber nicht wie bisher nach den ersten 6 Monaten ein Vertrag auf weitere 12 Monate abgeschlossen zu werden. Es genügt vielmehr, wenn ein zweiter Monats-vertrag von 6 Monaten abgeschlossen wird, um für ins-gesamt 12 Monate die Beihilfe zu erhalten. Im all-gemeinen wird der Landbesitzer dann nach 12monatiger Förderung soweit gekulst sein, daß er eine freie land-wirtschaftliche Stelle ausfüllen kann. In Einzelfällen kann aber zur Erleichterung des endgültigen Uebergangs in die Landwirtschaft noch einmal für 6 Monate ein Zuschuß gemährt werden. Damit ist also die Möglichkeit geschaffen worden, insgesamt bis zu 18 Monaten eine Beihilfe zu zahlen. Wenn der Zuschuß auch für das 3. Halbjahr gemährt werden soll, so muß allerdings ein Jahresarbeits-vertrag zwischen Bauer und Landbesitzer abgeschlossen werden. Die Zahlung der Beihilfe für das 3. Halbjahr ist übrigens auf die Wintermonate Oktober bis März beschränkt.

Die Höhe der Beihilfe beträgt in der Regel monatlich für männliche Landbesitzer von

unter 15 Jahren	höchstens 12.— RM
16 bis 18 Jahren	„ 14.— „
19 bis 21 Jahren	„ 16.— „
22 Jahren und darüber	„ 18.— „

für weibliche Landbesitzer von

unter 15 Jahren	„ 8.— „
16 bis 18 Jahren	„ 10.50 „
19 bis 21 Jahren	„ 12.50 „
22 Jahren und darüber	„ 14.— „

In der Zeit vom 1. 11. 1934 bis 31. 3. 1935 dürfen diese Beihilfeseize jedoch im Bedarfsfalle auf Antrag erhöht werden und zwar um bis zu 5 RM monatlich. Diese Erhöhung darf aber grundsätzlich nur in Notstandsgebieten, d. h. in Bezirken mit anerkannt ungunstiger Ernte geseht werden, um im Einzelfalle dem Bauern die Warrmittel zu geben, die er zur Entlohnung des Landbesitzers und zur Leistung der sozialen Abgaben benötigt, aber nicht zur Verfügung hat.

Auch die Familienlandhilfe hat einen weiteren Ausbau erfahren. Sie ist von der Reichsanstalt für Arbeitsver-mittlung und Arbeitslosenversicherung eingerichtet worden, um die Mehreinstellung von Landarbeiterfamilien zu fördern. Mit ihrer Hilfe ist es bisher gelungen, in Nieder-sachsen 200 Familien auf die Scholle zurückzuführen. Die Familienlandhilfe sieht für jede neu eingestellte Landarbeiter-familie die Zahlung eines Zuschusses von monatlich 20 RM für 1 Jahr an den Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebes vor.

Um die Weiterbeschäftigung der Landarbeiterfamilien nach Ablauf des ersten Jahres zu erleichtern, hat der Präsident der Reichsanstalt nunmehr angeordnet, daß auch im zweiten Beschäftigungsjahr eine Beihilfe gezahlt wird und zwar im Betrage von 25 RM je Vierteljahr. Voraussetzung für Weitergewährung der Beihilfe ist der Abschluß eines neuen Jahresvertrages und die Verbringung des Nach-weises, daß der Beschäftigungsstand des Betriebes nach der Zahl der Landarbeiterfamilien und sonstigen Beschäftigten sich gegenüber dem gleichen Viertel des 1. Förderungs-jahres nicht gefenkt hat.

Diese Maßnahme wird in Verbindung mit den neu geschaffenen Zuschüssen für die Errichtung neuer Land-arbeiterwohnungen in Höhe von je 1800 RM wesentlich dazu beitragen, arbeitslose Landarbeiterfamilien wieder in Arbeit zu bringen. Nähere Auskunft darüber erteilen die Arbeitsämter.

## Milchspeisung in der Schule

Seit den Sommerferien wird an der Volksschule die tägliche Milchspeisung durchgeführt.

Diese schöne Sache hat einen mehrfachen Zweck. Es soll in erster Linie dadurch die allgemeine Volksgesundheit gehoben werden; denn gerade bei dem ungeteilten Unter-richt ist den Kindern diese Milchzufuhr sehr zuträglich. Dann aber soll durch die Milchspeisung der Milch-verbrauch gehoben werden zum Nutzen der Landwirtschaft, und endlich kommt hier sehr schön die soziale Seite zum Ausdruck, weil der je achtende Kinder ein viertes umsonst mit durchnehmen.

Und daß etwa 30 Volksgenossen in Glesfeth für ein bedürftiges Kind wöchentlich 30 Pfg. bezahlen, ist auch eine wirkliche Tat der Volksgemeinschaft.

Wer nimmt noch eine Milchpatenteile an? Die Stadt zahlt für 40 bedürftige Kinder, die vom Arzt ausgesucht sind, täglich 10 Liter Milch.

Bauernkinder bringen für sich und andere Milch mit. Leider stellen wir in letzter Zeit fest, daß die zahl-reichen Kinder weniger werden.

Daß die allgemeine Notlage daran mit schuld ist, ist klar, aber wir müssen ganz dringend bitten, daß die Eltern es sich dreimal überlegen, ehe sie ihre 10 Liter. Sie schaden ihrem Kinde und schaden der guten Sache.

In dieser Woche werden ohne die von den Bauern-kindern mitgebrachte Milch noch täglich 184 Flaschen aus-gegeben. Wir waren schon auf 225 Flaschen und hoffen, daß diese Zeilen einen guten Aufschwung wieder bringen werden.

Die Sache ist es wert, daß jeder sich dafür einsetzt. Sch.

## Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Glesfeth, den 6. Dezember 1934

## Tages-Feiger

©-Ausgang: 8 Uhr 26 Min. ©-Untergang: 4 Uhr 09 Min.

## Schwasser:

1.50 Uhr Vorm. — 2.10 Uhr Nachm.

7. Dezember: 2.30 Uhr Vorm. — 2.50 Uhr Nachm.

\* Es wird auf den Vortrag hingewiesen, der von Pastor Schmidt-Dortmund heute um 8 Uhr abends in der Kirche gehalten wird. Es wird gebeten, Besangbücher mitzubringen.

\* Am Sonnabend, dem 8. Dezember, kann der frühere Eisenbahn-Vorarbeiter Friedrich Hauenschildt seine 90. Geburtstag begehen. Geboren am 8. Dezember 1844 zu Egershausen (Kreis Wlfd a. d. Leine) ist er seit 1. März 1866 bei der Oldenburgischen Eisenbahn angestellt gewesen, zuerst beim Bau der Bahn Oldenburg-Bremen. 1867 wurde die Eisenbahn eröffnet. 1868 war er beim Bau der Bahn Oldenburg-See beschäftigt bis 1869, dann wurde er 1870 nach Hude versetzt zum Bau der Strecke nach Esfleth. 1870/71 machte er den Einigungs-Krieg gegen Frankreich mit. 1875 siedelte er mit seiner Familie nach Hude über. Seit 1. Februar 1878 hat er ununterbrochen seinen Wohnsitz in Esfleth. Jahrzehntelang hat er der Eisenbahn in treuer, gewissenhafter Arbeit und Pflichterfüllung zum Wohle des großen deutschen Vaterlandes gedient. Noch immer körperlich rüstig und geistig frisch verleiht er bei seinen Kindern seinen Lebensabend. Am 7. Mai 1927, als der Herr Reichspräsident von Hindenburg in Oldenburg die Alt-Veteranen begrüßte, wurde neben Herrn Silenberg unser Jubilar durch Ansprache ausgezeichnet. Wir wünschen dem Geburtstagskind noch manches frohe Jahr wohlverdienter Ruhe und Freunde im Kreise seiner Familie.

\* Vogelflug im Winter. Das anhaltend milde Wetter, das die für den Frühling angelegten Gafelkäfigen schon fast zum Wühlen treibt, hat uns beinahe vergessen lassen, daß der Winter vor der Tür steht. Wenn es aber heute noch regnerisch oder nebelhaft ist, dann morgen schon eine Glattei-Krause die Flur überziehen, und dann herrscht in der Vogelwelt große Not. Vielen kleinen Sängern ist dann die Nahrung mit einem Schläge unzugänglich gemacht, und sie sind auf die Hilfe tierfreundlicher Menschen angewiesen. Deshalb stürme man nun nicht länger, die Futterhäuschen instandzusetzen und sich Futterringe oder sonstiges geeignetes Futter für die kleinen Gäste bereitzulegen. Mistkäfen werden von Meisen vielfach als Schlafgelegenheit benutzt und sind daher schon jetzt, nicht erst zum Frühjahr, zu reinigen. Das Auskäfen oder Füllen von Wäumen und das Auskoben von Wäulen sollte man mit Mühsicht auf unsere baumarme Landschaft, die der Vogelwelt nur hier und da einen schützenden Unterschlupf gewährt, auf das Notwendigste beschränken. Ein Blick auf die Fingerringel an Obstbäumen lehrt gerade jetzt, daß es sogar ratsam wäre, durch Anpflanzung weiterer Gehölze die Vermehrung der insektenfressenden Vögel zu fördern.

\* Durch die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes des Landesfürsorgeverbandes für den Landesteil Oldenburg war es möglich, daß der oldenburgische Staat die Verpflegungsgelder für die in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen untergebrachten Kranken erheblich senken konnte. Um eine noch mögliche weitere Senkung zu erreichen, betreibt der Landesfürsorgeverband die Umlegung der von ihm betreuten und zur Zeit noch in der Bewahranstalt Kloster Blankenburg untergebrachten Kranken nach Wehnen. Durch diese Maßnahme wird für die Bezirksfürsorgeverbände im Landesteil Oldenburg und den Landesfürsorgeverband eine weitere jährliche Ersparnis von etwa 30 000 RM erzielt. Die Umlegung der Kranken wird voraussichtlich zum 1. April 1935 durchgeführt sein. Da nun mit wenigen Ausnahmen in Blankenburg nur Kranke von den Bezirksfürsorgeverbänden untergebracht sind, wird durch diese Maßnahme die Kommission der Fonds und milden Stiftungen den Betrieb in Kloster Blankenburg stilllegen müssen. Durch die Verlegung der Kranken wird neben der Verbilligung noch eine bessere (dauernde) ärztliche Kontrolle erreicht. Die Maßnahme ist wegen der Verbilligung und der damit verbundenen besseren Verwertbarkeit im allgemeinen Interesse der gesamten Bevölkerung nur zu begrüßen. Wegen einer anderweitigen Verwendung des alten Klosters Blankenburg schweben aussichtsreiche Verhandlungen.

\* Statistik der deutschen Heringsfangerei bis 1. Dezember 1934. Nach Mitteilung der Deutschen Heringshandels-GmbH., Bremen, wurden angebracht vom 25. 11. bis 1. 12. 1934 durch 23 Schiffe 17 619 Kantjes, gegen in 1933 durch 16 Schiffe 5980 1/2 Kantjes, 1932 16 Schiffe 8111 1/2 Kantjes, 1931 15 Schiffe 7647 1/2 Kantjes, 1930 12 Schiffe 4255 Kantjes, 1929 19 Schiffe 8487 Kantjes. Total-Anfang bis heute 598 306 1/2 Kantjes in 948 Reifen (Stärke der Flotte 169 Schiffe), gegen in 1933 453 889 1/2 Kantjes in 792 Reifen (148), 1932 346 828 Kantjes in 617 Reifen (118), 1931 376 021 Kantjes in 658 Reifen (118), 1930 301 231 Kantjes in 626 Reifen (124), 1929 293 922 1/2 Kantjes in 594 Reifen (124).

\* Mietpreissteigerungen werden bejeitigt. Beim Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Göttdeler, sind von verschiedenen amtlichen und privaten Stellen Beschwerden eingelaufen, daß in einzelnen Orten, namentlich in solchen, in denen ein starker Zugang stattgefunden hat, starke Mietpreissteigerungen vorgenommen seien. Der Reichskommissar hat daraufhin mit dem Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine in Verbindung genommen und die Zusicherung erbalten, daß diese Mißstände sofort abgestellt werden würden. Die obersten Landesbehörden sind gebeten worden, in derartigen Gemeinden unter Zustimmung der Unterorganisationen des Verbandes unverzüglich seit dem 1. 4. dieses Jahres vorgekommene unberechtigte Mietpreissteigerungen sofort zu beseitigen. Sollte dieses auf die Einsicht, das Verantwortungsgesühl und die nationale Disziplin aller Beteiligten abgestellte Verfahren nicht zum Ziele führen, so ist den obersten Landesbehörden der Erlass einer Ermächtigung zugesichert worden, die ihnen die erforderlichen rechtlichen Handhaben bietet.

\* Neuenfelde. Unsere NS-Frauenchaft kommt allwöchentlich in der Schule zu einem Vortragsabend zusammen. Am letzten Vortragsabend waren 15 Frauen erschienen. Es ist sehr erwünscht, daß sich noch mehr Frauen aus dem Orte beteiligen. Es wird dort getränkt und genötigt für die Weibenschaftsbelehrung hilfsbedürftiger Volksgenossen. Außerdem hat sich jetzt innerhalb der Frauenchaft eine Singgruppe gebildet. Diese übt augenblicklich an jedem Freitagabend im Schulhause Abend- und Weibenschaftslieder zu einer bevorstehenden Abendfeier. Die Singgruppe nimmt gern noch Sangesfreudige auf.

## NS-Kulturgemeinde

Nach den Grundzügen der NS-Kulturgemeinde sollen allenthalben, wo die Durchführungen künstlerischer Veranstaltungen möglich sind, Ortsverbände der NS-Kulturgemeinde als Veranstaltungsträger zur Förderung aller Kulturbestrebungen gegründet werden. Wir Esflether nehmen für uns in Anspruch, daß auch hier diese Voraussetzungen vorliegt. Mag uns auch viel genommen sein, die Möglichkeit, in den Mauern unserer Stadt auf künstlerischer bzw. geistiger Höhe stehende Veranstaltungen auf dem Gebiete des Theaters, der Musik, des Vortragswesens, zu genießen, wollen wir uns nicht nehmen lassen. Jedermann, der Mitglied der NS-Kulturgemeinde, Ortsverband Esfleth, wird, legt damit ein Bekenntnis ab für die Bedeutung seiner Heimatstadt. Deswegen hinein in die NS-Kulturgemeinde! Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben, der arischer Abstammung ist und einer Freimaurerloge nicht angehört. Der Jahresbeitrag ist sehr gering. Außerdem verpflichtet sich das Mitglied zum Besuch und zur Begabung dreier plattdeutscher Theaterstücke, die in diesem Winterhalbjahr hier gespielt werden sollen. Je größer aber der Mitgliederkreis wird, desto billiger können diese Veranstaltungen unseren Mitbürgern dargeboten werden. Geplant ist die Aufführung folgender Komödien der Niederdeutschen Bühne Oldenburg: „Sewiens-tumme!“ von August Hinrichs, „Stratennuß!“ von Paul Schurek, und „Kramer Kray“ von Hermann Bokdorf. Statt eines dieser Stücke, evtl. neben ihnen, wird vielleicht von der Niederdeutschen Bühne Brate noch „Desertörds“ von Bunjes gebracht, das ja gerade Ereignisse hinter unserm Esflether Weierdeich zum Gegenstand hat. Unterstützt alle diese Bestrebungen, die Euch in diesem Jahre frohe und erhebende Stunden schenken werden. Die Block-märkte werden in den nächsten Tagen in allen Häusern Listen zur Einzeichnung vorlegen, damit die Veranstaltungen gesichert werden.

\* Brate. Vor dem Amtsgericht in Brate standen mehrere Handwerker, die wegen Preistreiberei angeklagt waren. Diese Handwerker hatten aus alter Lieberlieferung Mindestpreise festgelegt. Früher war es so gebräuchlich worden, daß sich die Handwerker der Stadt Brate zusammenschlossen, um sich bei der Abgabe von Angeboten bei öffentlichen Ausschreibungen über den Mindestpreis zu besprechen, weil immer eine schmutzige Konkurrenz vorhanden war, die sonst wieder einen niedrigeren Preis eingeleitet hätte und somit den Verdienst, der einem Handwerker für seine Arbeit bei ordentlicher Ausführung unbedingt zustand, zunichte machte. Diese alte Lieberlieferung der Festsetzung von Mindestpreisen ist in diesem Falle beibehalten worden, ohne daß es erlaubt ist. Die Verteiliger der Angeklagten standen auf dem Standpunkt, daß es zwar verboten sei, Mindestpreise von Verbänden und Zusammenschlüssen zu empfehlen oder vorzuschreiben, daß hier aber kein Zusammenschluß vorläge, weil nur wenige Handwerker übereingekommen seien. Der Staatsanwalt konnte sich den Ausführungen nicht anschließen und fragte, wann denn ein Zusammenschluß vorhanden sei? Auch hier handelte es sich vor dem Gesetz um einen Zusammenschluß. Das Gericht erkannte dann auf eine Strafe von zweimal 500 Mark und viermal 100 Mark Geldstrafe. Der Vorsitzende führte dabei aus, daß es strafbar sei, Mindestpreise zu empfehlen und festzusetzen in Verbänden und Zusammenschlüssen, denn solche Abmachungen führten zu Preissteigerungen. — Es ergibt sich also für den Handwerker, daß er künftighin bei Abgabe von Kostenanschlägen mit seinen Kollegen keine Mindestpreise festsetzen darf, wenn er sich nicht strafbar machen will.

\* Oldenburg, 4. Dezember 1934. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zutritt u. Abzug Viehmarkt. Auftrieb: Insgesamt 67 Tiere, davon 6 Kälber.

Es kosteten:

hochtragende Kühe	1. Qualität	. 350—410 RM
	2. Qualität	. 300—340 "
	3. Qualität	. 190—230 "
tragende Kühe	1. Qualität	. 280—320 "
	2. Qualität	. 180—240 "
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt)		. 10—25 "

Ausgesuchte Tiere in allen Gattungen über Notiz, Marktverkauf: In besten Stücken reger, sonst mittelmäßig.

§ Oldenburg. In einer von der Industrie- und Handelskammer angeregten Versammlung, zu der Vertreter von Verbänden, der Kaufmannschaft und des Einzelhandels eingeladen und zahlreich erschienen waren, sprach Gewerkschaftsberater Ture, Direktor der deutschen Bekleidungs-Industrie, Berlin, über „Die Gesamtlage der deutschen Industrie, insbesondere der Textil-Industrie und des Einzelhandels“. Einleitend unterstrich Redner das Bestreben im neuen Reiche, jedem Volksgenossen wieder die Möglichkeit zum Arbeiten zu geben. Die Wirtschaft habe sich, dank der Vermittlungen des Führers, auch allgemein darauf eingestellt, so daß die noch vorhandenen Schwierigkeiten reiflos überbunden werden dürften. Solche Schwierigkeiten seien auch gemacht worden durch das unsinnige Hamstern, namentlich von Textilwaren, das vollständig grundlos sei. Die dagegen getroffenen Maßnahmen würden im Laufe dieses Monats ihren Zweck erreichen. In Deutschland bedürfte es keines Versorgungsproblems, auch nicht auf dem Gebiete der Textil-Industrie, es sei in der Lage, seine Gesamt-Einwohnerschaft auf mindestens 1 1/2 Jahre ohne jede Schwierigkeit zu versorgen. Es gehe darum, Arbeitsmöglichkeit in genügendem Maße zu beschaffen, ohne wirtschaftspolitisch abhängig zu werden. Der Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr werde kommen. Die in Deutschland hergestellten Werkstoffe seien von bester Qualität. Die Textilwirtschaft solle keineswegs zur Autarkie führen. Im Ausland komme die Verwertung mehr und mehr zum Durchbruch.

§ Oldenburg. In der Mordklage Precht machte der Untersuchungsrichter folgende Mitteilung: Die Mordtat Precht ist noch nicht aufgeklärt, es fehlen vor allem Unhaltspunkte darüber, mit wem die Ermordete nach dem 1. Oktober d. J. zusammen gekommen ist, seit sie ihre Stelle bei Tönjes aufgegeben hatte und bei ihren Eltern

wohnte. Besonders werden Angaben erbeten darüber, mit welchen jungen Leuten die B. nach der gen. Zeit Verkehr gehabt hat. Erbetet wird ferner anzuzeigen, wer die Ermordete in der Mordnacht angesehen hat und mit wem. Auf den Nachweis von Tatsachen die zur Überführung des Täters folgen, ist eine Belohnung von 500 RM ausgesetzt worden.

\* Zehdinghausen. Die Elektrizitätsgesellschaft hat sich entschlossen, den Stromabnehmern den elektrischen Strom im Monat November kostenlos zu liefern. In diesem Zusammenhang muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß der Strompreis in Zehdinghausen nur 22 1/2 Pfg. je Kilowatt-Stunde beträgt, die Hälfte des Preises, den andere unspätende Genossenschaften nehmen.

\* Soltan. Im Spätsommer wurden auf der Schweine-weide des Hofes Wenzel Wildschweine beobachtet, die zusammen mit den zahmen Schweinen auf der Weide fraßen. Nach vier Monaten fertete eine zahme Sau und warf mehrere gesunde Ferkel, die sich im Laufe der ersten Wochen zu typischen Wildschweinferkeln auswuchsen. Sie sind im äußeren Bau ganz Wildschweine, was den kurzen, gedrungeneren Kopf und den massigen Rumpf angeht. Lediglich die Farbe hat sich nicht gut vererbt. Die Sau ist ein schwäbisch-bolländischer Typ, der bei keinem Ferkel zu beobachten ist. Der Besitzer ist von dieser „Rassenvermischung“ nicht erbaut, denn die Ferkel haben eine ungeheure Fresslust, scheinen die riesigen Futtermengen aber lediglich nach Art des wilden Frischlings zum Aufbau des Knochengestirns zu verwenden. Der Besitzer weiß sich keinen anderen Rat, als die unnützen Ferkel zu verkaufen. Da die Farbe aber nicht gut vererbt ist, wird er wenig Erfolg haben, wenn nicht ein besonderer Tierfreund sie der Kuriosität halber kauft und im Gatter hält. Denn zum Aussetzen in die Wildbahn dürften sich diese Mißlinge nicht eignen, und zum Rästen erst recht nicht.

Druck und Verlag: J. Zirk, Esfleth. Hauptchriftleitung: J. Zirk, Esfleth. Verantwortlicher Anzeigenleiter: J. Zirk, Esfleth. Nr. XI 34: 554.

Wer praktisch denkt schenkt

# Gasgerät

Auskunft und Beratung auch über erleichterte Zahlungsbedingungen erteilen:

Das Gaswerk, die zugelassenen Installateure und der Fachhandel

## Bestecke W.M.F.

mit 100 gr. Silberauflage

12 Esstöffel	von 12.00 RM an
12 Esßgabeln	von 12.00 RM an
12 Esßmesser (rostfrei)	von 24.00 RM an
12 Kaffeelöffel	von 7.20 RM an

usw. empfiehlt

## Fr. Stöver

Erfolg durch das Inserat

Zu jedem Bilde den passenden Rahmen

Größte Auswahl bei

H. Bargmann Buchbinderei

Jeder Druckauftrag am Orte vergeben, fördert das heimische Wirtschaftsleben!

Donnerstag, 6. Dezember, 8 Uhr abends in der Kirche

## Vortrag

„Christentum und Deutsche Glaubensbewegung“

Pastor Schmidt-Dortmund

Die Verlobung ihrer Tochter **Marlamie** mit Herrn **Emil Friedrich** geben bekannt

Reichsbahninspektor **Heiko Wilhelm Pokken u. Frau** Mariechen geb. Muhle

Meine Verlobung mit Fräulein **Marianne Fokken** beehre ich mich anzuzugehen

**Emil Friedrich** Unterfeldmeister

Saarbrücken z. Zt. N. S. Arbeitsdienst Abtlg. 195/5 Renslage

Oldenburg Uferstraße 54

Empfang: Sonntag, den 9. Dezember 1934